basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Veränderte Mehrheiten in der kantonalen Politik

Autor(en): Roland Schlumpf

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1996

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/fa658909-be6f-4d98-b1c4-ac909c2ba40f

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Roland Schlumpf

Veränderte Mehrheiten in der kantonalen Politik

Die Gesamterneuerungswahlen in Basel-Stadt haben sowohl im Grossen Rat als auch in der Regierung neue politische Kräfteverhältnisse gebracht. Eindeutige Gewinner sind die linken Gruppierungen, unter denen die Sozialdemokratische Partei (SP) ihre Position am auffälligsten ausbauen konnte und damit links von der Mitte mehr denn je die dominante Kraft darstellt. Im Kantonsparlament vermochte sie ihre Fraktion gegenüber dem Wahlergebnis von 1992 um fast ein Viertel zu vergrössern. Zusammen mit der Nachfolgeorganisation der ehemaligen Progressiven, Basta, den Grünen und der Frauenliste verfügen die Linken über 59 der 130 Grossratssitze; je nach Thema können sie zudem auf die Unterstützung der in unveränderter Stärke vertretenen Demokratisch-Sozialen Partei (DSP) zählen und im Grossen Rat eine absolute Mehrheit ausspielen. Dieses Kalkül hatte in der verlängerten Legislaturperiode 1992–1997 noch anders ausgesehen: Nicht einmal mit der Unterstützung der DSP konnte das links-grüne Lager die Entscheide im Rat in seinem Sinn erzwingen. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat sind denn auch das wichtigste Ergebnis des Wahlgangs vom November 1996.

Trend bestätigt

Die Wahlen von 1996 haben das Ergebnis der Nationalratswahlen vom Herbst 1995 bestätigt, als die SP gleich vier der sechs Nationalratsmandate des Stadtkantons errungen hatte und ihren Ständeratssitz trotz aufwendiger bürgerlicher Herausforderung problemlos halten konnte.[1] Damit hat sich auch jene Erklärung für das bürgerliche Wahldebakel erledigt, wonach der SP-Erfolg vor allem auf die Abstinenz der DSP zurückzuführen gewesen sei. In der kantonalen Politik würden die Würfel ohnehin anders fallen als in der eidgenössischen, hatten sich damals vor allem die bürgerlichen Exponenten im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen in Basel-Stadt Mut zu machen versucht.
Im Nachhinein ähnelt dieses Verhalten demjenigen von ängstlichen Kindern, die pfeifen, wenn sie durch den dunklen Wald gehen. Denn die bürgerlichen Parteien verloren auch in den kantonalen Wahlen Sitze und Wähleranteile: Die Grossratsfraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), zweitstärkste politische Kraft im Kanton, ist auf weniger als die Hälfte der SP-Fraktion geschwunden; auch die Delegationen der Liberalen (LDP) und der Christdemokraten (CVP) mussten Federn lassen. Sie alle haben damit ihre Wahlziele klar verfehlt.

Neue Ausrichtung der Wählerschaft

Obwohl Regierungsratswahlen nicht allein von parteipolitischen Prioritäten geprägt, sondern zu einem guten Teil auch Personen- und damit Persönlichkeitswahlen sind, ist es nicht verwunderlich, dass sich der Linksrutsch bei den Grossratswahlen auch auf die Zusammensetzung der Regierung ausgewirkt hat. Zwar hatten die Wählerinnen und Wähler in der jüngeren Vergangenheit den Parteienschlüssel der Basler Exekutive durch alle Strömungen hindurch immer wieder bestätigt. Doch diesmal war es anders. Die Bürgerlichen mussten einen Sitz in der siebenköpfigen Regierung an die SP abtreten, die nun wieder, wie schon vor der Abspaltung der DSP, mit einer Dreierdelegation die Regierungstätigkeit mitprägt. Anders war die Entscheidung diesmal wohl, weil der Wählerschwund bei den bürgerlichen Parteien und

Im Zentralwahlbüro: viel Arbeit von Sonntagmorgen bis Montagmorgen. ▷

Nach dem ersten Wahlgang am 3. November stehen erst zwei Regierungsratsmitglieder fest; die übrigen werden im zweiten Wahlgang ermittelt. ▷

der entsprechende Zuwachs bei den Linken mehr als nur einen Trend darstellt, sondern vielmehr Ausdruck einer veränderten politischen Ausrichtung der Wählerschaft ist. Zu gross waren die Verschiebungen, als dass sie einfach nur als Verdienst jener Partei zu deuten wären, die gerade am besten auf dem Zeitgeist ‹surft›.
Anders war aber auch die Taktik der Sozialdemokraten, die mit einer Vierer- statt wie stets zuvor mit einer Dreierliste antraten. Damit hatten sie nicht allein den DSP-Sitz im Visier, sondern einen der drei Bürgerlichen in der Basler Exekutive. Dennoch war der Ausgang überraschend, indem nicht der reichlich blasse DSP-Vertreter Hans Martin Tschudi, sondern der stets zupackende, aber auch eigenmächtige CVP-Baudirektor Christoph Stutz über die Klinge springen musste. Nachdem im ersten Wahlgang nur Jörg Schild (FDP) mit dem besten Ergebnis und Veronica Schaller (SP) die Hürde des absoluten Mehrs genommen hatten, erzielte der ÖKK-Direktor Ralph Lewin (SP) im zweiten Wahlgang das beste Resultat. Er ersetzt im Wirtschafts- und Sozialdepartement den zurückgetretenen Matthias Feldges. Auf Lewin folgten die beiden bisherigen Ueli Vischer (LDP) und Stefan Cornaz (FDP); Cornaz hatte eineinhalb Jahre zuvor Hans-Rudolf Striebel als Vorsteher des Erziehungsdepartements abgelöst. Zusammen mit Ralph Lewin wurde im zweiten Wahlgang Barbara Schneider (SP) als zweite Frau in die Basler Regierung gewählt; sie übernimmt nun das Baudepartement. Hans Martin Tschudi schliesslich schaffte den Sprung in die Regierung als letzter der sieben Gewählten, lag indessen immer noch weit vor Christoph Stutz. Tschudi hatte 1994 nach dem Rücktritt von Karl Schnyder in einer Ersatzwahl den DSP-Sitz verteidigt.

Abwahl von Christoph Stutz

1992 war Christoph Stutz als Neuling noch mit dem Spitzenresultat in die Regierung gewählt worden und galt als Hoffnungsträger, um das Regierungsschiff, das Schlagseite hatte, wieder auf Kurs zu bringen. Christoph Stutz hat in dieser Hinsicht wohl auch kaum enttäuscht. Wie kein anderer hatte er seine Aufgabe angepackt: initiativ, schlau und wirksam. Unter seiner Führung galten im Baudepartement alte

△
Freisinnige Spitzenvertreter bei der Bekanntgabe der Resultate.

Zöpfe schon nach wenigen Wochen nichts mehr. Stutz räumte auf mit der Trägheit in der Verwaltung, mit der Schwerfälligkeit von Beamten, mit der Unbeweglichkeit des Staatsapparates. Er setzte seine Überzeugung durch, wonach die staatliche Verwaltung ein Dienstleistungbetrieb für Volk und Wirtschaft zu sein hat und der Staat für die Bürgerinnen und Bürger da ist, und nicht umgekehrt. Seine Verdienste waren und blieben unbestritten, auch bei seinen politischen Gegnerinnen und Gegnern.
Vor diesem Hintergrund ist seine Abwahl spektakulär. Sie war zudem alles andere als knapp und liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Zum Abstieg vom Musterknaben zum ungeliebten Macher haben gewiss Fehlleistungen wie der Millionenverlust im Zusammenhang mit dem Bau des Altersheims Luzernerring beigetragen. Regierungsrat Stutz musste dafür nicht nur die Verantwortung übernehmen, sondern hatte offensichtlich auch Grundsätze missachtet, so dass die Hintergründe dafür beinahe irrelevant waren.
Nun darf sich ab und zu einen Fehler erlauben, wer immer wieder Besonderes leistet. Dafür gibt es in der Schweiz eine Tradition der Toleranz, die auch in der politischen Ausmarchung ihre Bedeutung hat. Fehler bei der Arbeit, wie sie allen – auch allen Regierungsräten – unter-

laufen, können demnach nicht die einzige Ursache für die schroffe Absage der Wählerschaft an Christoph Stutz sein. Vielmehr hat wohl sein Arbeits- und Führungsstil nicht weniger dazu beigetragen. Wer wie Stutz sich selbst und den anderen immer alles abverlangt, macht sich unbeliebt. Wer in der Art und mit der Einstellung regiert, mit der Manager heutzutage Konzerne zugunsten der Aktionäre und auf dem Buckel der Belegschaft ‹sanieren› und ‹fit halten›, schafft sich Feinde, hat jene gegen sich, die sich am Arbeitsplatz erdrückt fühlen und vom Staat eigentlich anderes erwarten. So hatte das Stimmvolk Idee und Vorgehen von Christoph Stutz, zunächst den Bau und dann auch den Betrieb der neuen Kehrichtverbrennungsanlage zu privatisieren, offensichtlich nicht goutiert und an der Urne unerwartet deutlich verhindert. Schon jene Abstimmung, ein Jahr vor den Wahlen, hatte den Charakter einer Vertrauensfrage.[2] Der mittlerweile Abgewählte zeigte in jenem politischen Prozess – wie früher und auch später bei vielen andern Gelegenheiten – wenig Fingerspitzengefühl, dafür indes Unverständnis und Überheblichkeit gegenüber jenen mit anderen Ansichten, Uneinsichtigkeit und stets auch eine Spur Selbstgefälligkeit; er wollte mit scharfem Intellekt, raschem Denken und Handeln einer politischen Auseinandersetzung zuvorkommen. An diesen Verhaltensmustern und Eigenschaften, die heute einem Spitzenmanager gut anstehen, ist der Politiker Christoph Stutz letztlich gescheitert.

Einfluss der ungünstigen Wirtschaftslage

Für den Linksrutsch bei den Gesamterneuerungswahlen 1996 mit neuen Mehrheiten in Parlament und Regierung ist in erster Linie aber

Die neue Basler Regierung (v. l.): Ralph Lewin, Hans Martin Tschudi, Ueli Vischer, Jörg Schild, Barbara Schneider, Veronica Schaller, Stefan Cornaz. ▷

das wirtschafts- und sozialpolitische Umfeld in der Schweiz verantwortlich. Seit den letzten Gesamterneuerungswahlen in Basel-Stadt schlitterte die Wirtschaft in eine strukturelle Krise, die durch ungünstige konjunkturelle Faktoren noch verstärkt wurde. Kein Arbeitsplatz war und ist mehr sicher, Reallohnabbau ist für viele vom Gespenst zur Realität geworden, die Sozialwerke werden in Frage gestellt, Angst regiert unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In diesem Klima, das viele Unternehmen zur Profitmaximierung nutzen, ist der Vormarsch der Linken nicht verwunderlich. Er ist auch kein Basler Phänomen: Er war zuvor schon in anderen Kantonen und nicht zuletzt auch bei den eidgenössischen Wahlen von 1995 zu beobachten.

Dennoch gibt es spezifisch baslerische Ausprägungen und Faktoren: Auf Grund des Steuergefälles zum Kanton Basel-Landschaft und der schwindenden Attraktivität der Stadt als Wohnsitz für Familien haben in den vergangenen zwanzig Jahren viele Angehörige des Mittelstandes die Stadt verlassen. Zugenommen hat dagegen die Zahl von Alten, Ausländern und Armen. Das soziale Gleichgewicht wäre auch ohne Wirtschaftskrise schon labil genug. Mit der Fusion von Ciba-Geigy und Sandoz zu Novartis können Baslerinnen und Basler zudem seit dem Frühjahr 1996 aus nächster Nähe, wenn nicht gar als Betroffene, mitverfolgen, was ‹Globalisierung der Wirtschaft› heissen kann. Anders gesagt: Während Jahren hatte die chemische Industrie immer wieder ihre Forderungen an die Basler Regierung (bezüglich Umweltschutzvorschriften, Baubewilligungen, Gentechnologie) mit der Drohung verknüpft, den Wirtschaftsstandort Basel zu verlassen bzw. mit einer geringeren Priorität zu versehen. Ausgerechnet in den vergangenen vier Jahren hat sie nun nachhaltig damit begonnen, diese Drohung umzusetzen, in einer Zeit also, in der eine ausgesprochen wirtschaftsfreundliche Regierung am Werk war, allen voran ein Baudirektor, der im Interesse der Stadt stets darauf bedacht war, mit der Wirtschaft statt gegen sie zu politisieren.

Die eigenen Ansprüche nicht erfüllt

Spezifisch baslerisch ist auch die Politik einer bürgerlichen Regierung, die vor knapp fünf Jahren mit viel Vorschusslorbeeren von seiten breiter Bevölkerungskreise das Szepter übernommen hatte und sich in der abgelaufenen Legislaturperiode auf eine starke bürgerliche Delegation im Grossen Rat abstützen konnte. Die Regierung war damals mit dem Anspruch angetreten, die Staatsfinanzen zu sanieren. Diesem Ziel hat sie beinahe ihr gesamtes politisches Handeln untergeordnet. Sie hat Sparen gepredigt und dabei vor allem eine Einnahmenbeschaffungs-Politik umgesetzt. Sie hat von Prioritäten geredet, darüber aber keine Diskussion geführt. Sie hat Bürgernähe behauptet, sich aber als kritik- und dialogunfähig erwiesen. Sie hat Basels Zukunft gepriesen, aber keine Visionen kreiert. Schliesslich schlug auch ihre Sanierungspolitik fehl. Zwar hat die Regierung in den vergangenen vier Jahren noch grössere Defizite in der Staatsrechnung verhindert; sie konnte aber den Fehlbetrag nicht auf akzeptable Dimensionen reduzieren. Nachdem sie diesen Saldo Jahr für Jahr als Zielgrösse und als Legimation ihrer politischen Entscheidungen gepriesen hatte, musste sie sich letztlich gefallen lassen, daran, und in erster Linie daran, gemessen zu werden. Ein bürgerlicher Parteipräsident brachte es nach den Gesamterneuerungswahlen auf den Punkt, als er in einem Interview erklärte, die Sozialdemokraten hätten ja auch keine Rezepte, um den Staat aus der schwierigen Zeit herauszuführen. Seine Aussage ist ohne Zweifel richtig, zumal derartige Rezepte wohl kaum existieren. Politik ist damit mehr denn je Vertrauenssache. Dieses Vetrauen haben die bürgerlichen Parteien in den vergangenen Jahren bei vielen Baslerinnen und Baslern offensichtlich verspielt. Die Aussage ist schliesslich auch das schlichte Eingeständnis, dass auch den bürgerlichen Parteien derartige Rezepte fehlen, nachdem sie fast fünf Jahre lang und noch im Wahlkampf nur mit Wasser kochten, dabei aber stets vorgaben, anspruchsvollere Kost anzurühren.

Anmerkungen

1 Roland Schlumpf, Politischer Erdrutsch, Überraschender Ausgang der Nationalratswahlen, in: Basler Stadtbuch 1995, Basel 1996, S. 92.

2 Ders., Ein gesellschaftspolitisches Lehrstück: die KVA, ebenda, S. 106.